

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015



der
Land

Stadtsparkasse Rheine
Nordrhein-Westfalen

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		8.042.334,02		7.901
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		8.545.043,42		9.347
			16.587.377,44	17.249
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		56.944.816,92		25.510
b) andere Forderungen		94.678.004,24		162.332
			151.622.821,16	187.843
4. Forderungen an Kunden			738.348.941,60	713.036
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	429.659.316,52	EUR		(430.721)
Kommunalkredite	15.142.068,54	EUR		(9.726)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		68.808.744,22		36.073
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	68.808.744,22	EUR		(36.073)
bb) von anderen Emittenten		209.286.200,67		205.477
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	205.260.954,77	EUR		(205.477)
			278.094.944,89	241.551
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			278.094.944,89	241.551
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand			172.818.875,29	158.461
7. Beteiligungen			0,00	0
darunter:			14.024.150,00	14.085
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			60.000,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			8.406,70	10
darunter:				
Treuhandkredite	8.406,70	EUR		(10)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		14.843,00		47
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			14.843,00	47
12. Sachanlagen			6.990.647,53	7.282
13. Sonstige Vermögensgegenstände			2.108.841,89	1.218
14. Rechnungsabgrenzungsposten			261.118,17	359
Summe der Aktiva			1.380.940.967,67	1.341.140

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		41.702,04		2
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		303.104.199,96		349.834
			303.145.902,00	349.836
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	316.416.626,56			304.584
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	13.179.742,46			5.274
		329.596.369,02		309.858
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	400.258.241,85			377.583
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	185.547.931,11			147.485
		585.806.172,96		525.068
			915.402.541,98	834.925
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			8.406,70	10
darunter:				
Treuhandkredite	8.406,70 EUR			(10)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			405.995,50	476
6. Rechnungsabgrenzungsposten			424.055,79	589
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.217.702,00		9.446
b) Steuerrückstellungen		63.555,86		1.512
c) andere Rückstellungen		3.718.315,81		3.532
			13.999.573,67	14.490
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			92.350.000,00	85.950
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	52.724.259,37			52.475
cb) andere Rücklagen	1.539.493,21			1.539
		54.263.752,58		54.014
d) Bilanzgewinn		940.739,45		849
			55.204.492,03	54.864
Summe der Passiva			1.380.940.967,67	1.341.140
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		18.863.633,31		17.398
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			18.863.633,31	17.398
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		36.752.788,12		33.953
			36.752.788,12	33.953

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	31.563.070,61			33.134
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.154.340,96			6.493
		37.717.411,57		39.627
2. Zinsaufwendungen		14.396.827,51		15.049
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	484.487,74 EUR		23.320.584,06	(461)
				24.578
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.303.810,80		4.481
b) Beteiligungen		391.751,61		368
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			4.695.562,41	4.849
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		6.393.067,39		5.909
6. Provisionsaufwendungen		420.336,17		466
			5.972.731,22	5.443
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			530.429,81	564
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			34.519.307,50	35.434
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	10.246.943,45			9.598
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	3.538.618,11			3.859
	1.668.793,67 EUR			(2.140)
		13.785.561,56		13.457
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.449.774,02		5.312
			19.235.335,58	18.769
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			975.757,77	890
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			192.981,71	190
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		2.684.001,35		820
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			2.684.001,35	820
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		220.022,00		1.016
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			220.022,00	1.016
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			6.400.000,00	8.050
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4.811.209,09	5.700
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.805.557,98		4.799
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		64.911,66		51
			3.870.469,64	4.850
25. Jahresüberschuss			940.739,45	849
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			940.739,45	849
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			940.739,45	849
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			940.739,45	849

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt.

Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, werden ebenfalls zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt; Abschreibungen werden nur dann vorgenommen, wenn der beizulegende Wert voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert bzw. den Anschaffungskosten lag ("gemildertes Niederstwertprinzip"). Dadurch konnten ergebniswirksame Abschreibungen von TEUR 432 vermieden werden.

Wir haben unsere Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Die Märkte für wesentliche Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Für die Bewertung haben wir auf die von den Börsen zum Jahresende veröffentlichten Kurse abgestellt. Diese haben wir auf der Grundlage der zum Bewertungsstichtag marktüblichen Renditen und Credit Spreads mit Hilfe des in unserer Wertpapierverwaltungsanwendung SimCorpDimension enthaltenen finanzmathematischen Rechenkerns einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Die damit ermittelten Werte wichen unter Berücksichtigung der jeweiligen Ausstattungsmerkmale nicht nennenswert von den in unserem System eingestellten Kursen ab.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen können. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. "Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB" (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Finanzinstrumente für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Wertpapiere

Am Bilanzstichtag halten wir EUR 128,3 Mio (Nominalwerte) strukturierte Wertpapiere im Bestand, die hinsichtlich ihrer Verzinsung besondere Ausstattungsmerkmale aufweisen.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag EUR 94,0 Mio (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Bestand. Die kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen weisen im Vergleich zu nicht strukturierten Finanzinstrumenten hinsichtlich ihrer Verzinsung, ihrer Laufzeit und/oder ihrer Rückzahlung besondere Ausstattungsmerkmale auf. Im Falle einer dauerhaften Zinslosigkeit erfolgt eine Abzinsung dieser Zinsstrukturen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden grundsätzlich linear abgeschrieben. Für das Hauptstellen- und zwei Geschäftsstellengebäude wird die degressive Abschreibung fortgeführt.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Bestehen die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsvereinbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz weiter stetig. Daher wurde abweichend zum Vorjahr der Berechnung der Pensionsrückstellungen nicht der Abzinsungssatz vom 30.09.2015 sondern vom Jahresende 2015 zugrunde gelegt. Aus dieser Bewertungsänderung ergibt sich insgesamt eine Erhöhung der Pensionsrückstellungen um TEUR 167.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,0 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu zwei Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz.

Im Berichtsjahr wurden erstmals Rückstellungen für Jubiläumszahlungen i.H.v. TEUR 241 gebildet. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Bestimmungen des TVöD sowie einer ergänzenden Betriebsvereinbarung.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position ausgewiesen.

Bewertung des Bankbuchs

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen werden zum Abschlussstichtag fiktiv durch Forward-Geschäfte geschlossen. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen werden, werden saldiert in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils TEUR 361.

Aus der Währungsumrechnung ergeben sich einschließlich realisierter Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge von TEUR 17.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main und Erfurt, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	77.034	83.031
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-

Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt aufzuteilen:

	insgesamt TEUR	börsen- notiert TEUR	nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	278.095	278.095	-
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(19.164)	(19.164)	(-)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	172.819	-	172.819

Bei den wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapieren handelt es sich um Emissionen von Kreditinstituten.

Finanzinstrumente im Finanzanlagevermögen

Finanzinstrumente, die auch wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in dem folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert *)	19.000	10.000
beizulegender Wert	18.568	9.992

*) ohne anteilige Zinsen

Wir haben auf eine Bewertung dieser Wertpapiere zum niedrigeren beizulegenden Wert verzichtet, weil die Zweckbestimmung dieser Wertpapierbestände, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, im Vordergrund steht und eine Rückzahlung zu pari zu erwarten ist.

Finanzanlagevermögen

	Buchwert	
	31.12.2015	31.12.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	154.760	128.004
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	24.396	23.785
Beteiligungen	14.084	14.085
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Anschaffungskosten ist daher nicht möglich.

Anteile am Sondervermögen

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB):

Investmentfonds (in Mio EUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttungen in 2015	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
Rheine Fonds	148,4	156,5	8,1	3,7	Ja	Nein

Die Anteile an Investmentvermögen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Zweck der Anlage in Investmentfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Der Investmentfonds investiert in Unternehmensschuldverschreibungen außerhalb des Finanzsektors, für die regelmäßig ein Rating im Investment Grade vorhanden ist.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgte eine Aufstockung des Spezialfonds um EUR 13,7 Mio.

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2015 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2015	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.15	Buchwert 31.12.14
1. Immaterielle Anlagewerte	664	-	-	(32)	648	15	47
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	21.113	-	-	(438)	15.645	5.468	5.906
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.003	666	832	(505)	9.312	1.525	1.377
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 5.468 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	210	313
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	54	61

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.025	(-)

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2015 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen betragen in 2015 TEUR 747.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2014 hätte die Ausgleichszahlung EUR 27,2 Mio betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2 Abs.1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z.B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die „Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kwv-Satzung“. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2015 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2016 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber einem Kreditinstitut	124.759

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
<u>Aktivposten</u>				
Forderungen an Kunden	-	-	170	170
<u>Passivposten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	70	72	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2016 fällig
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)		20.000	7.000	67.000		
4. Forderungen an Kunden	14.065	41.069	175.963	475.583	31.513	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						40.217
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	22.337	17.578	120.436	140.214		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.367	8.852	1.880	71		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	53.873	51.638	10.922	68.390		

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 in Höhe von TEUR 5 ausgewiesen.

Periodenfremde Aufwendungen

Durch die vorzeitige Rücknahme von an Kreditinstitute verkauften Sparkassenbriefen sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 679 angefallen (Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Nr. 2).

D. Sonstige Angaben

Konzernrechnungslegung

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da das verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiede, die zu aktiven latenten Steuern führen, sind bedingt durch die in den Forderungen an Kunden verrechneten Vorsorgereserven sowie den unterschiedlichen Parametern in den Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen.

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,05 % zugrunde gelegt, so dass der gesamte Ertragssteuersatz bei den Unterschieden 30,88 % ausmacht.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 16,4 Mio in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2015 EUR 0,7 Mio dotiert (Gesamtbeitrag zum 31.12.2015: EUR 3,4 Mio). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 0,76 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Am 15.12.2015 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine zum Bilanzstichtag noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband in Höhe von EUR 150,0 Mio zur Beteiligung an der Kapitalerhöhung bei der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS West) beschlossen. Die Stammkapitalerhöhung erfolgte zum 19.02.2016. Nach den Verhältnissen zum Bilanzstichtag entfällt davon auf die Sparkasse ein Anteil von rund EUR 1,14 Mio. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	154
andere Bestätigungsleistungen	17
Gesamtbetrag	171

Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse einschließlich lediglich beratender Teilnehmer wird ein Sitzungsgeld von EUR 250 je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und – teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2015 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	TEUR
Bolte, Elke	0,25
Bonk, Udo	0,25
Brauer, Eva-Maria	0,25
Fühner, Dieter	2,00
Grotke, Wilfried	2,75
Gude, Jürgen	3,00
Hachmann, Andree	4,25
Hennigfeld, Johannes	0,25
Huesmann, Stephan	1,75
Kahle, Norbert	2,00
Kleene, Bernhard	0,50

Name	TEUR
Konietzko, Dr. Manfred	3,75
Kordfelder, Dr. Angelika	6,75
Lüttmann, Dr. Peter	1,25
Mollen, Udo	2,50
Niehoff, Jörg	1,25
Reiske, Michael	3,25
Roscher, Jürgen	3,00
Schievelkamp, Sonja	2,75
Willers, Paul	0,25
Gesamt	42,00

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 494 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2015 TEUR 8.987.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte ausschließlich Mitgliedern des Verwaltungsrats zum 31.12.2015 Kredite in Höhe von TEUR 1.969 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2015	2014
Vollzeitkräfte	133	131
Teilzeitkräfte	80	77
	213	208
Auszubildende	16	15
Insgesamt	229	223

Verwaltungsrat

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Dr. Angelika Kordfelder (bis 19.10.2015)	Hauptamtliche Bürgermeisterin	Jürgen Roscher	Kriminaldirektor, Land NRW
Dr. Peter Lüttmann (ab 03.11.2015)	Hauptamtlicher Bürgermeister	Andree Hachmann	Selbständiger Rechtsanwalt
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
Dieter Fühner	Vorstand einer caritati- ven Einrichtung	Paul Willers	Selbständiger Unter- nehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbe- reich
Jürgen Gude	Verwaltungsbeamter beim Landesbetrieb IT. NRW	Markus Doerenkamp	Oberstleutnant a. D.
Andree Hachmann	Selbständiger Rechtsanwalt	Paul Jansen (bis 31.12.2015)	Verwaltungsbeamter bei der GAB des Kreises Steinfurt
		José Azevedo (ab 16.02.2016)	Softwareentwickler bei einem Telekommunika- tionsunternehmen
Norbert Kahle (bis 02.11.2015)	Angestellter in einem Unternehmen der Ge- bäudeautomation	Johannes Lammers (bis 02.11.2015)	Fachstellenleiter bei einer Kommune
Dr. Manfred Konietzko	Vorstand eines Unter- nehmens der Tiefkühl- branche i. R.	Udo Bonk	Stabshauptmann a. D.
Dr. Angelika Kordfelder (ab 03.11.2015)	Bürgermeisterin a. D.	Eva-Maria Brauer (ab 03.11.2015)	Verwaltungsfachange- stellte bei der Bezirksre- gierung Münster
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Lan- dessportbundes NRW	Elke Bolte	Verwaltungsangestellte bei einer Gewerkschaft
Jörg Niehoff	Angestellter Betriebs- wirt in der Wohnungs- wirtschaft	Stephan Huesmann	Angestellter bei einem Unternehmen der Um- welttechnik
Michael Reiske	Sozialarbeiter	Jürgen Niemeyer	Angestellter bei einem Unternehmen für elek- tronische Verkaufsopti- mierung
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor, Land NRW	Bernhard Kleene	Sozialversicherungs- fachangestellter

Mitarbeitervertreter

Wilfried Grotke Sparkassenangestellter
Sonja Schievelkamp Sparkassenangestellte

Stv. Mitarbeiter-
vertreter

Johannes Hennigfeld Sparkassenangestellter
Manfred Wessels Sparkassenangestellter

An den Sitzungen des Verwaltungsrates
vertretungsweise teilnehmender
Hauptverwaltungsbeamter

Vertreter im Amt

Mathias Krümpel Stadtkämmerer

Vorstand

Hans Jörg-Buschkühle	Vorsitzender (bis 30.06.2015)
Thomas Prochmann	Vorsitzender (ab 01.07.2015)
Thomas Prochmann	Mitglied (bis 30.06.2015)
Rolf Harig	Mitglied (ab 01.07.2015)

Rheine, 13. April 2016

Der Vorstand

Prochmann
Sparkassendirektor

Harig
Sparkassendirektor

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2015

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Sparkasse Rheine hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Rheine besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Rheine definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 TEUR 34.519.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt zum Jahresende 184.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 4.811.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag von TEUR 3.805 sowie der Sonstigen Steuern von TEUR 65 ergibt sich ein Nettogewinn von TEUR 941. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Rheine hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtparkasse Rheine für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 23.05.2016

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Prüfungsstelle

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Harmann
Wirtschaftsprüfer

Lagebericht 2015

A. Grundlagen der Sparkasse Rheine

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nummer A 3488 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Kreise.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht. Am 03.07.2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat es als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2015

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2015 nur moderat. Industrieländer wie die USA und Großbritannien wuchsen weiter kräftig und auch im Euro-Raum setzte eine konjunkturelle Belebung ein. Sie profitierte unter anderem vom deutlich sinkenden Rohölpreis. Zudem richtete die Mehrzahl der Industrieländer Ihre Fiskalpolitik nach Jahren der Haushaltskonsolidierung wieder neutral oder sogar leicht expansiv aus. Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas war dagegen schwach. Sie wurde durch politische Maßnahmen zur Eingrenzung des Schattenbankensystems und der Korruption, durch eine Abkühlung des Immobilienmarktes sowie durch eine drastische Abwertung des Renminbi gedämpft. Strukturprobleme führten auch in anderen Schwellenländern zu einem nachlassenden Wachstum. So wirkten sich unter anderem die Abhängigkeit einzelner Länder von Rohstoffpreisen und die Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch einen starken Anstieg des Lohnniveaus negativ aus. Auch konnte der Ausbau der Infrastruktur oftmals nicht mit der zuvor zu verzeichnenden wirtschaftlichen Expansion mithalten.

Auch im Euro-Raum fiel das Wirtschaftswachstum wieder etwas dynamischer aus als im Vorjahr. Ursächlich waren jedoch im Wesentlichen Sondereffekte wie der erheblich gesunkene Außenwert des Euro, die deutliche Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte, die Halbierung des Ölpreises seit Jahresmitte 2014 und die Einschränkung der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte. In der Folge trugen vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie die Exporte zur Erholung bei. Hingegen führten die günstigen Finanzierungsbedingungen bei Unternehmen nicht zu einem entsprechenden Anstieg der Investitionen. Die Zurückhaltung ist hier insbesondere auf die Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Euro-Raum und über die Nachfrage aus Schwellenländern sowie auf Bemühungen zum Schuldenabbau zurückzuführen. Insofern ist der Aufschwung fragil und nicht selbsttragend.

Nach einem schwachen Sommerhalbjahr 2014 befand sich die deutsche Wirtschaft in 2015 wieder im Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt ist um 1,7 % gestiegen. Tragende Säule war erneut die Binnenwirtschaft und dabei in erster Linie der private Konsum, der von einer weiter steigenden Beschäftigung profitierte. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,1 % zum Jahresende. Zudem stärkten steigende Reallöhne und der Ölpreisverfall die Kaufkraft. Die deutliche Abwertung des Euro und die Erholung im Euro-Raum begünstigten außerdem die Exporte. Bauinvestitionen entwickelten sich in Anbetracht historisch günstiger Finanzierungsbedingungen, hoher Nachfrage nach Wohnungen in größeren Städten und hoher Immobilienpreise schwach. Hier machten sich eine rückläufige öffentliche Bautätigkeit, abnehmende gewerbliche Bauinvestitionen und Angebotsengpässe im Bereich des privaten Wohnbaus bemerkbar. Die Inflationsrate sank in 2015, bedingt durch stark fallende Energiepreise bei stagnierenden Verbraucherpreisen, auf 0,3 %.

Das wirtschaftliche Umfeld in der Region ist weiterhin freundlich. Der Konjunkturklimaindikator der IHK Nord Westfalen, der Lageeinschätzung und Aussichten von Unternehmen in einer Kennziffer zusammenfasst, ist auf 126 Punkte gestiegen und liegt damit deutlich über dem 10-Jahres-Durchschnitt von 114 Punkten. Tragende Säule des Aufschwungs war weiterhin die Binnenwirtschaft. Hier profitierte insbesondere der Handel von steigenden verfügbaren Einkommen und niedrigen Energiepreisen. Auch die Lageeinschätzung der Bauwirtschaft fällt in der Region – bedingt durch niedrige Zinsen und Inflationsängste – weiterhin günstig aus. Positiv, jedoch mit leichten Einschränkungen, wird die Situation in der Industrie gesehen. So liegen die Negativurteile z.B. im Maschinenbau, der Branche in der Region mit den meisten Beschäftigten, doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Hier schlugen sich gegenläufige Tendenzen der Außenwirtschaft nieder. Auf der einen Seite werden Exportchancen im Zuge der Eurokrise aufgrund schwacher Wirtschaftsentwicklung in zahlreichen Schwellenländern und in China sowie durch Sanktionen gegen Russland und die Rubelabwertung beschnitten. Auf der anderen Seite setzt die positive Entwicklung u.a. in den USA Impulse für die Außenwirtschaft. In der Finanzdienstleistungsbranche sanken die Positivurteile im Laufe der Jahre von rund 80 % auf nur noch rund ein Viertel zum Jahresende 2015. Belastungen werden hier im Wesentlichen in der Niedrigzinspolitik der EZB sowie in steigenden regulatorischen Auflagen gesehen. Die Arbeitsmarktlage in der Region ist weiterhin überaus robust. Die Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt sank erneut auf 4,5 % zum Jahresende und liegt unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Zinsentwicklung

Mit dem Ziel, die Inflationsrate mittelfristig wieder an Ihren Zielwert von knapp 2 % zu bringen, hat die EZB ihren geldpolitischen Kurs weiter gelockert. Im Januar gab sie ein umfangreiches Programm zum Ankauf von Vermögenswerten bekannt, in dessen Rahmen die Notenbank monatlich Wertpapiere in der Größenordnung von 60 Mrd. EUR auf dem offenen Markt ankauft. Während der Leitzins und der Spitzenrefinanzierungssatz unverändert auf den Rekordtiefständen von 0,05 % (Leitzins) bzw. 0,3 % (Spitzenrefinanzierungsfazilität) liegen, wurde der Einlagensatz erneut auf -0,3 % gesenkt. Die Geldmarktzinsen und Zinsen für Staatsanleihen waren weiter rückläufig. Die Zinsstrukturkurve ist weiterhin flach und befindet sich auf historisch niedrigem Niveau.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015

2.1 Rahmenwerk Basel III

Mit Wirkung zum 01.01.2014 trat das CRD IV-Paket zur Umsetzung des Rahmenwerkes Basel III in Kraft. Ziel der Vorschriften ist es, den gesamten Bankensektor zu stärken und Finanzkrisen vorzubeugen. Während einer Übergangsphase werden die Anforderungen schrittweise umgesetzt. So waren auch in 2015 neue bzw. verschärfte Regelungen im Zusammenhang mit quantitativen und qualitativen Eigenkapitalanforderungen, mit der Verschuldungsquote (Leverage Ratio), mit der Liquiditätsausstattung sowie in Bezug auf Risikomanagement einzuhalten. Die Sparkasse erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

2.2 Aktueller Stand der Europäischen Bankenunion

Im Rahmen der ersten Säule der Europäischen Bankenunion hat die gemeinsame europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) mit der Einführung des Single Supervisory Mechanism (SSM) seit dem 04.11.2014 die Arbeit aufgenommen. Seitdem werden die rund 120 größten Banken im Euro-Raum direkt von der EZB beaufsichtigt. Die Aufsicht kleinerer Institute obliegt weiterhin den nationalen Aufsichtsbehörden. Der SSM nimmt seine Aufgaben entsprechend der Bestimmungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) wahr. Dabei arbeiten EZB und EBA eng zusammen. Gemeinsames Bestreben ist es, die Aufsichtsstandards der einzelnen Länder zu harmonisieren.

Mit der Bankenabwicklungsrichtlinie und der Verordnung über einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus verwirklicht die Europäische Union die zweite Säule der Bankenunion. Ein von den Kreditinstituten des Euro-Raums aufzufüllender Abwicklungsfonds soll nach der Haftung von Eigentümern und bestimmten Gläubigergruppen bei der Abwicklung systemrelevanter Institute oder systemrelevanter Teile von Instituten finanziell eintreten und damit Steuerzahler von EU-Ländern entlasten. In 2015 waren erste Beiträge in einen nationalen Restrukturierungsfonds zu leisten. Ab dem Jahr 2016 werden die nationalen Fonds der an der Bankenunion teilnehmenden Länder zu einem gemeinsamen Fonds zusammengeführt, der bis zum Jahr 2023 mit 55 Mrd. EUR auszustatten sein wird.

Die europäische Einlagensicherungsrichtlinie wurde mit Inkrafttreten des Einlagensicherungsgesetzes am 03.07.2015 in deutsches Recht umgesetzt. Es wurden damit ein einheitliches Mindestsicherungsniveau für Einlagen und Standards für die Sicherungsfonds geschaffen. Das Institutssicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe wurde an den europäischen Rechtsrahmen angepasst und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (kurz BaFin) als Einlagensicherungssystem im Sinne des Gesetzes anerkannt. Damit besteht das präventiv wirkende und damit besonders effiziente Institutssicherungssystem fort. Durch ein frühzeitiges Eingreifen und ggf. Unterstützungen durch andere Institute der Gruppe können dauerhafte Schwierigkeiten eines Instituts und damit ein Einlagensicherungsfall verhindert werden, sodass die Kunden über den gesetzlich vorgegebenen Mindestschutz hinaus abgesichert sind.

Zudem hat die Europäische Kommission im November 2015 einen Vorschlag zu einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherung vorgelegt. Ziel ist es, die Europäische Bankenunion zu vervollständigen und den Schutz von Erspartem zu stärken, die Finanzstabilität zu erhöhen sowie die Verbindung von Banken und Staaten weiter zu lösen.

2.3 EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie

Am 20.03.2014 trat die EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie (2014/17/EU) in Kraft, deren Inhalte bis zum 21.03.2016 in deutsches Recht zu übertragen sind. Die Richtlinie setzt die mit der Verbraucherkreditrichtlinie begonnene Regulierung der Kreditvergabe fort. Ziel ist es, einen transparenten, effizienten und wettbewerbsfähigen Binnenmarkt für Immobilienfinanzierungen zu schaffen. Darüber hinaus soll eine nachhaltige und verantwortungsvolle Kreditvergabe sowie die Verbesserung der Beratungsqualität sichergestellt werden. Diese Ziele sollen insbesondere durch die weitere Vereinheitlichung von Informations- sowie Verhaltenspflichten sichergestellt werden. Das nationale Gesetzgebungsverfahren ist zum Jahresende noch nicht abgeschlossen. Vor dem Hintergrund des knappen Zeitrahmens hat die Sparkasse auf der Grundlage der bisherigen Erkenntnisse aus dem Gesetzgebungsverfahren bereits umfangreiche Maßnahmen zur Vorbereitung ergriffen und wird die Anforderungen fristgerecht umsetzen.

2.4 Internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Bereits im Jahr 2013 wurde ein von den USA erlassenes Gesetz (FATCA), das Finanzinstitute weltweit zu umfangreichen Identifikations- und Dokumentationsmaßnahmen verpflichten soll, durch ein zwischenstaatliches Abkommen mit den USA und Anpassungen zusätzlicher nationaler Gesetze in deutsches Recht umgesetzt. Finanzinstitute müssen danach verschiedene Daten zu Konto- und Depotinhabern mit US-Steuerpflicht regelmäßig an das Bundeszentralamt der Steuern zur Weiterleitung an die US-amerikanische Finanzverwaltung melden. Eine erste Meldung nach dem FATCA-Abkommen war in 2015 zu erstellen.

Zusätzlich besteht seit Oktober 2014 eine multilaterale Vereinbarung (AEOI) zwischen 51 Staaten und Gebieten. Diese haben sich dazu verpflichtet, Daten zu Finanzkonten von Steuerpflichtigen, die in einem anderen Staat steuerlich ansässig sind, an den betreffenden Staat zu übermitteln. Deutschland wird als nächsten Schritt seine Kreditinstitute durch ein Umsetzungsgesetz verpflichten, die benötigten Daten aufzubereiten und staatlichen Stellen zur Verfügung zu stellen, die sie an die am Datenaustausch teilnehmenden Partnerländer weiterleiten. Das „Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen und zur Änderung weiterer Gesetze“ setzt die Vereinbarung in deutsches Recht um und tritt am 01.01.2016 in Kraft. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 müssen deutsche Finanzinstitute den Altbestand ihrer Konten erfassen und ab dem 1. Januar 2016 bei Neukunden die steuerliche Ansässigkeit feststellen.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2015 um 39,8 Mio. EUR bzw. 3,0 % auf 1.380,9 Mio. EUR. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 115,8 Mio. EUR oder 6,6 % auf 1.863,5 Mio. EUR.

3.2. Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden stiegen gemessen an bilanziellen Werten um 3,5 % auf 738,4 Mio. EUR. Das auf Basis von Jahresdurchschnittsbeständen geplante Wachstum um 3,0 % konnte damit überschritten werden. Der Zuwachs ist unter anderem auf ein dynamisches Wachstum der Weiterleitungsdarlehen um 7,4 % auf 125,8 Mio. EUR zurückzuführen. Die Darlehenszusagen stiegen deutlich um 12,6 % auf 139,7 Mio. EUR an.

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 2,7 % auf 453,6 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Anstieg von 9,7 % auf 83,9 Mio. EUR aus.

Im Kreditgeschäft mit gewerblichen Kunden stiegen die Kontokorrentinanspruchnahmen per Stichtag stark an, während die Darlehen aus eigenen Mitteln stichtagsbezogen um 2,6 % auf 143,3 Mio. EUR zurückgingen.

Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich geringfügig auf 53,5 % (Vorjahr 53,2 %).

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 50,9 Mio. EUR auf 450,9 Mio. EUR. Der Anstieg der Bestände vollzog sich sowohl bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren als auch bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Maßgeblich sind unter anderem der Kauf von Staatsanleihen des Euro-Raums und des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die Reinvestition von Erträgen und eine zusätzlichen Aufstockung unseres Spezialfonds.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2015 von 14,0 Mio. EUR entfiel nahezu vollständig auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio. EUR resultierte aus der Stammkapitalherabsetzung des SVWL infolge der Kapitalherabsetzung der dwpbank AG. Über den SVWL ist die Sparkasse an der LBS West beteiligt, die sich erheblichen Ergebnisbelastungen aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase ausgesetzt sieht. Vor diesem Hintergrund wurde von den zuständigen Gremien eine Kapitalerhöhung um insgesamt 300 Mio. EUR in 2016 beschlossen.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2015 ein Wachstum bei den Geldanlagen auf Basis von Jahresdurchschnittsbeständen von 1,6 % erwartet. Dieses Ziel konnte deutlich übertroffen werden. Gemessen an Stichtagswerten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 80,5 Mio. EUR bzw. 9,6 % auf 915,4 Mio. EUR gestiegen. Die stichtagsbedingte Entwicklung ist maßgeblich geprägt von einer erheblichen Ausweitung der Termingeldeinlagen gewerblicher Kunden. Dies unberücksichtigt vollzog sich das Wachstum insbesondere bei den Sichteinlagen privater sowie gewerblicher Kunden.

Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände sind wertmäßig um 2,9 % auf 152,5 Mio. EUR gestiegen.

Der Bestand an Spareinlagen wies einen Anstieg um 19,7 Mio. EUR auf 329,6 Mio. EUR auf. Die Sichteinlagen erhöhten sich um 22,5 Mio. EUR auf 399,8 Mio. EUR. Die Termineinlagen und Sparkassenbriefe sind in Summe um 38,0 Mio. EUR auf 185,5 Mio. EUR gestiegen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich in der Summe um 36,2 Mio. EUR bzw. 19,3 % auf 151,6 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Rückführung von vier Schuldscheindarlehen u.a. im Rahmen der Ausübung von Sonderkündigungsrechten der Emittenten zurückzuführen. Durch die Anlage freier liquider Mittel stiegen die täglich fälligen Guthaben um 31,4 Mio. EUR auf insgesamt 56,9 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um 46,7 Mio. EUR auf 303,1 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2015 maßgeblich von der weiteren Erholung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2015 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere (u. a. Zuwachs- und Zinsmarktanleihen). Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen gewannen wieder an Beliebtheit. Insgesamt konnten die von uns erwarteten Zuwächse jedoch aufgrund der von den Kunden bevorzugten bilanzwirksamen Einlagen nicht ganz erreicht werden.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 866 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 37,3 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir deutlich über dem Niveau von 2014.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte auch im Jahr 2015 weiter ausgebaut werden.

Die Anzahl und das Volumen der Immobilienvermittlungen stieg gegenüber dem Vorjahr deutlich.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt im erwarteten Rahmen, wobei Zielverfehlungen in einzelnen Bereichen durch positive Zielabweichungen in anderen Sparten ausgeglichen wurden.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2015 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Serviceangebotes durch die Aktualisierung und Verbesserung der Selbstbedienungstechnik in der Hauptstelle sowie in verschiedenen Filialen vorgenommen. Darüber hinaus bildeten Sicherheitseinrichtungen und der Ausbau des Netzwerkes einen Investitionsschwerpunkt.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2015 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt 229 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 223), davon 80 Teilzeitkräfte und 16 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, nimmt die Sparkasse ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr. Sie hat Ihre Ausbildungsquote auf 7,3 % erhöht und liegt damit über dem bundesweiten Durchschnitt.

Auch im Jahr 2015 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 169,3 TEUR (Vorjahr 170,0 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2015 konsequent verfolgt.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2014. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2015 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 55,2 Mio. EUR (Vorjahr 54,9 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB um 6,4 Mio. EUR auf 92,4 Mio. EUR erhöht. Es besteht eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt. Diese Vorsorge beträgt zum 31.12.2015 3,4 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken übertrifft am 31.12.2015 mit 21,03 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 13,0 % deutlich. Die Leverage Ratio weist zum 31.12.2015 einen Wert von 9,58 % auf. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2015: 4,61) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 123 % aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Termingeldaufnahmen bzw. Tagesgeld- und Termingeldanlagen bei anderen Kreditinstituten.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2015	2014	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	28.016	29.427	-1.411	-4,8
Provisionsüberschuss	5.973	5.443	+530	9,7
Sonstige betriebliche Erträge	530	564	-34	-6,0
Personalaufwand	13.786	13.457	+329	2,4
Anderer Verwaltungsaufwand	5.450	5.312	+138	2,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.169	1.079	+90	8,3
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	14.114	15.586	-1.472	- 9,4
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	2.904	1.836	+1.068	+58,2
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.400	8.050	-1.650	-20,5
Ergebnis vor Steuern	4.810	5.700	-890	-15,6
Steueraufwand	3.870	4.850	-980	-20,2
Jahresüberschuss	941	849	+92	+10,8

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 1 bis 4

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8 und 20

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Die beschriebene allgemeine Zinsentwicklung blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Zinsergebnis. Der Zinsüberschuss sank im Wesentlichen aufgrund eines merklichen Rückgangs des Fristentransformationsbeitrages bei nahezu konstantem Konditionsbeitrag um 4,8 % auf 28,0 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 9,7 % auf 6,0 Mio. EUR gesteigert werden. Maßgeblich waren hier höhere Erträge aus dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft sowie aus der Vermittlung von Immobilien. Dagegen blieben die Erträge aus dem Kundenwertpapiergeschäft hinter den Erwartungen zurück.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich moderat um 2,4 % auf 13,8 Mio. EUR.

Der "andere Verwaltungsaufwand" stieg um 2,6 % bzw. 0,1 Mio. EUR auf 5,5 Mio. EUR. Hierin enthalten sind unter anderem gestiegene Kosten für Hard- und Software sowie für sonstige Dienstleistungen Dritter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 8,3 % auf 1,2 Mio. EUR gestiegen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) mit einem Aufwand in Höhe von 2,9 Mio. EUR ausgewiesen.

Der Jahresüberschuss beträgt 0,9 Mio. EUR und übersteigt den Vorjahreswert damit um 10,8 %.

Zur Analyse der Ertragslage sowie als Grundlage für die jährliche Planung wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Die nachfolgenden Ausführungen zur Entwicklung der Ertragslage beziehen sich auf die Werte des Betriebsvergleichs.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,10 % (Vorjahr 1,21 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2015 und lag damit über dem Planwert von 1,04 %. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein leicht überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen, kurz CIR) und Personalaufwandsrentabilität (PAR). Vor dem Hintergrund der nachfolgend beschriebenen Entwicklung der Ertrags- und Aufwandspositionen verschlechterte sich die CIR von 54,1 % auf 56,3 %. Das Unternehmensziel für 2015 von 59,2 % konnte jedoch unterschritten werden. Die PAR stieg im Jahresverlauf auf 37,3 % (Vorjahr 36,1 %) und entwickelte sich damit positiver als in der Planung zu Jahresbeginn angenommen (Budgetwert 40,0 %). Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 8,4 % unter dem Vorjahreswert von 10,7 %. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2015 0,07 %.

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss etwas ungünstiger entwickelt als erwartet. Er verminderte sich um 3,4 % auf 27,9 Mio. EUR. Maßgeblich war hier ein deutlicher Rückgang des Fristentransformationsbeitrags durch eine weiterhin flache Zinsstrukturkurve bei nahezu konstantem Konditionsbeitrag.

Demgegenüber konnte der Provisionsüberschuss um 10,3 % auf 6,0 Mio. EUR gesteigert werden und den Planwert (5,5 Mio. EUR) damit merklich überschreiten. Sowohl die Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen und Bausparprodukten als auch die Provisionserträge aus der Immobilienvermittlung fielen deutlich höher aus als zu Jahresbeginn erwartet. Einzig im Kundenwertpapiergeschäft wurde der Planwert nicht erreicht.

Des Weiteren ist der Personalaufwand weniger stark als erwartet um 2,1 % bzw. 0,3 Mio. EUR auf 12,7 Mio. EUR gestiegen.

Der Sachaufwand stieg moderat 0,3 Mio. EUR auf 6,5 Mio. EUR. Mehraufwendungen ergaben sich im Wesentlichen bei der EDV-Ausstattung. Ein effizientes Kostenmanagement führte dazu, dass das zu Jahresbeginn aufgestellte Budget nicht ausgeschöpft wurde. Die im Rahmen einer vorsichtigen Planung berücksichtigten Puffer wurden nicht vollständig benötigt.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft weist einen Aufwand in Höhe von 1,7 Mio. EUR auf und liegt damit über dem für 2015 geplanten Wert. Ursächlich für den Anstieg sind im Wesentlichen Einzelwertberichtigungen weniger gewerblicher Kreditengagements. Für das Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft beträgt der Aufwand 0,6 Mio. EUR. Der Bewertungsaufwand ist auf verschiedene Schuldverschreibungen zurückzuführen, die über pari erworben wurden.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs, der anhaltenden Niedrigzinsphase und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Rheine mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2015 zufrieden.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn ihnen Chancen in einem angemessenen Verhältnis gegenüber stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostategien die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die separaten Teilrisikostategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss der Sparkasse nehmen die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion dem Risikomanager, dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion eingerichtet, deren Aufgaben von verschiedenen Mitarbeitern wahrgenommen werden. So wurden die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche der Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen und die Compliance-Funktion nach MaRisk bei einer Mitarbeiterin zusammengeführt, die organisatorisch der Rechtsabteilung zugeordnet ist. Die Compliance-Funktion gemäß WpHG wird von einem Mitarbeiter wahrgenommen, der organisatorisch an den Betriebsbereich angebunden ist. Die Beauftragten der jeweiligen Compliance-Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand fachlich zugeordnet und disziplinarisch unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Ermittlung der weiteren Risiken erfolgt zum Teil auf Basis von Schätzungen.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich nach der handelsrechtlichen (GuV-orientierten) Sichtweise. In diesem Konzept werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch.

Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden - mit Ausnahme vom Spezialfonds - nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerten Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (täglich, wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfangreich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

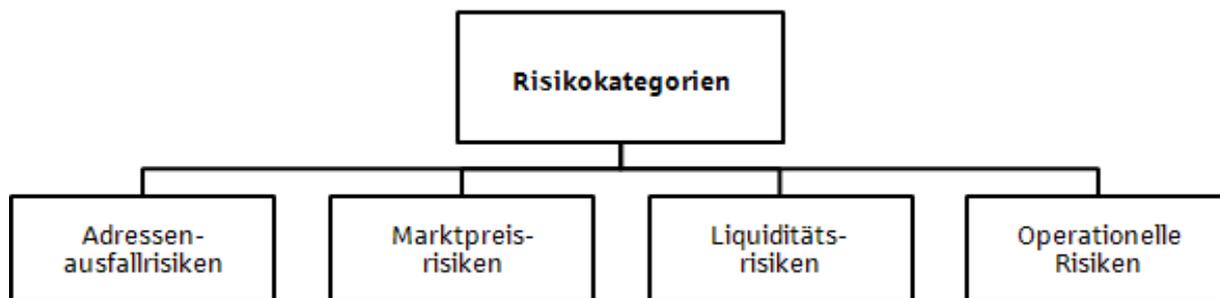
Die folgende Tabelle gibt einen Überblick auf das Risikoberichtswesen der Sparkasse:

Risiken	Berichtsart	Berichtsrhythmus	Empfänger
Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Beteiligungsrisiko	Kreditrisikobericht	Vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Länderrisiko	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften	Kreditrisikobericht	vierteljährlich	Vorstand, Risikoausschuss
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Marktpreisrisiken (Anlagebuch)	eigener Report	täglich/wöchentlich in Abhängigkeit von der Limitauslastung	Vorstand
	eigener Report	monatlich	Vorstand
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Marktpreisrisiken (Handelsbuch)	eigener Report	täglich/wöchentlich in Abhängigkeit von der Limitauslastung	Vorstand
	eigener Report	monatlich	Vorstand
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Zinsänderungsrisiko	eigener Report	vierteljährlich	Vorstand
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
Liquiditätsrisiko	eigener Report	monatlich/vierteljährlich	Vorstand
	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat
operationelle Risiken	Risikogesamtbericht	vierteljährlich	Vorstand, Verwaltungsrat

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Für die Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Adressenausfallrisiken wie folgt simuliert:

Erwarteter Verlust Kundenkredite:

Ansatz mit der risikogewichteten Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) bezogen auf das unbesicherte (Blanko-) Kreditvolumen

Unerwarteter Verlust (99 % Quantil) Kundenkredite:

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV-Kreditrisikomodell“. Die vom Modell ermittelten Werte werden durch einen „Systemischen Faktor“ erhöht.

Die bereitgestellten Limite wurden in 2015 nur teilweise belegt.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte*	
	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Kontokorrentkredite	24.282	16.384
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	19.050	10.583
auf Privatgirokonten	5.232	5.801
auf Sonstige		
Darlehen aus eigenen Mitteln	587.901	579.184
Darunter:		
an Geschäftskunden	135.812	139.287
an Privatkunden	443.408	432.109
an Sonstige	6.204	4.530
angekaufte Forderungen	2.476	3.258
Weiterleitungsdarlehen	125.838	117.156
Schuldscheinforderungen und Namensschuldverschreibungen		
Sonstige Forderungen	328	312
Gesamt	738.349	713.036

Tabelle: Kreditgeschäft der Sparkasse
*nach Abzug von EWB und Vorsorgereserven

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2015 nicht überschritten.

Die auf der nächsten Seite folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Bilanzstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	1.100.444
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	1.098.788
EU	740
Sonstige	916
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	161.536
Investmentfonds	--
Privatpersonen	584.942
Öffentliche Haushalte*	15.019
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	333.297
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	20.752
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	24.134
- Verarbeitendes Gewerbe	44.072
- Baugewerbe	37.451
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	57.127
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	11.499
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2.677
- Grundstücks- und Wohnungswesen	82.459
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	53.126
Organisationen ohne Erwerbszweck	5.650
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	290.706
1 Jahr bis 5 Jahre	104.082
> 5 Jahre bis unbefristet	705.656
<p>Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.</p>	

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Kreditgeschäftes¹.

Größenklasse	1	2	3	4
in Mio. EUR	bis 1,0	1,0 bis 3,0	3,0 bis 7,0	ab 7,0
Anzahl in %	99,7	0,2	0,1	0,0
Volumen in %	75,0	8,0	6,2	10,8

Die Kreditrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten². Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	87,7	90,3
10 bis 15	8,2	6,4
16 bis 18	1,9	1,8
Ohne Rating	2,2	1,5

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31.12.2015 11,5 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der Ansatz des "erwarteten Verlusts" erfolgt mit der risikogewichteten Ausfallwahrscheinlichkeit bezogen auf das unbesicherte (Blanko-) Kreditvolumen. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden an Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis und der vielschichtigen Kreditnehmer- und Objektstruktur nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Die Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken haben sich in 2015 nicht wesentlich verändert. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft hat sich in 2015 im Wesentlichen durch die Wertberichtigungen zweier gewerblicher Kreditengagements gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

¹ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verbund hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar.

² Die Auswertung erfolgt auf Basis von Einzelkreditnehmern. Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir ein Frühwarnsystem auf Basis von OSPlus-Daten ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2015 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Notleidende Kredite und überfällige Forderungen

Forderungen werden im Rahmen der CRR als „überfällig“ klassifiziert, wenn Verbindlichkeiten eines Schuldners mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage mit einem Betrag von mindestens 100 Euro überfällig sind oder die Grenze von 2,5 % des Gesamtobligos eines Kunden durchgehend überschritten wird. Dieser Verzug wird bei der Sparkasse nach Artikel 178 CRR Kreditnehmerbezogen ermittelt.

„Notleidende Kredite“ sind Forderungen, für die Maßnahmen der Risikovorsorge wie Wertberichtigungen oder Teilabschreibungen getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden. Auch hier werden sämtliche Forderungen gegenüber einem Kunden einbezogen.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2015	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	5.955	2.609	945	1.654	5.965
Rückstellungen	--	--	--	--	--
PWB	373	97	--	--	470
Gesamt	6.328	2.706	945	1.654	6.435

In der nachfolgenden Tabelle stammen die Zahlen des Bruttokreditvolumens aus dem Meldewesen nach CRR mit den Werten zum Stichtag 31.12.2015. Die Zahlen zu Einzelwertberichtigungen sind hingegen aus dem Jahresabschluss 2015

	Gesamtbe- trag notlei- dender For- derungen	Bestand EWB	Aufwendun- gen für EWB	Gesamtbetrag Überfälliger Forderungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Banken	--	--	--	--
Investmentfonds	--	--	--	--
Öffentliche Haushalte	--	--	--	--
Privatpersonen	6.573	2.477	399	1.732
Unternehmen und wirtschaftlich selb- ständige				
Privatpersonen	6.513	3.488	1.265	1.882
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	1.797	974	942	68
- Energie- und Wasserversor- gung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	--	--	--	--
- Verarbeitendes Gewerbe	1.189	700	382	915
- Baugewerbe	110	57	-15	4
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	1.627	558	294	200
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	166	56	56	176
- Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	2	2	-10	5
- Grundstücks- und Wohnungs- wesen	749	441	-27	271
- Sonstiges Dienstleistungs- gewerbe	873	700	-357	243
Organisationen ohne Erwerbszweck	--	--	--	--
Sonstige	--	--	--	--
Geographische Hauptgebiete				
Deutschland	13.086	5.965	1.664	3.614
EU	--	--	--	--
Sonstige	--	--	--	--
Gesamt	13.086	5.965	1.664	3.614

Tabelle: Verteilung der Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten

Eine Aufgliederung der Direktabschreibungen nach Branchen erfolgte aufgrund Ihrer geringen Höhe von 71 TEUR nicht. Rückstellungen für Ausfallrisiken haben wir wie im Vorjahr nicht im Bestand. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 96 TEUR. Die Pauschalwertberichtigungen auf Kundenforderungen berechnen sich auf 470 TEUR, hier wurden im Berichtsjahr 97 TEUR zugeführt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Beteiligungen der Sparkassen - sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen - wurden im Wesentlichen aufgrund langfristiger Überlegungen eingegangen, um den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe zu stärken. Sie dienen letztendlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrags durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens.

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Für die Sparkasse Rheine ist das Beteiligungsgeschäft grundsätzlich kein aktives Geschäftsfeld. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir keine börsennotierten Beteiligungen im Bestand. In der Bilanz weisen wir einen Gesamtwert von 14,1 Mio. EUR aus. Die einzige wesentliche Beteiligung der Sparkasse ist die Beteiligung am SVWL mit einem Buchwert von 14,0 Mio. EUR. Die anderen Beteiligungen sind von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Beteiligungswerte des SVWL. Zum 31.12.2015 bestätigten die eingeholten Unternehmensbewertungsgutachten für die einzelnen Beteiligungen des SVWL den handelsrechtlichen Wertansatz.

Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

In unserer Risikomessung und -steuerung für unerwartete Risiken berücksichtigen wir Beteiligungsrisiken auf Basis des höchsten negativen Bewertungsaufwands der letzten zehn Jahre.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Adressenausfallrisiken wie folgt simuliert:

Erwarteter Verlust Eigenanlagen:

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodell“, bezogen auf die Eigenanlagen, denen wir prinzipiell ein Adressenausfallrisiko beimessen (50 % Quantil).

Unerwarteter Verlust Eigenanlagen (99 % Quantil):

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV-Kreditrisikomodell“. Die vom Modell ermittelten Werte werden durch einen „systemischen Faktor“ erhöht. Einbezogen werden nur diejenigen Eigenanlagen, denen wir prinzipiell ein Adressenausfallrisiko beimessen.

Die bereitgestellten Limite wurden in 2015 nur teilweise belegt. Verluste/Ausfälle waren in 2015 nicht zu verzeichnen.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (278,1 Mio. EUR), den Wertpapierspezialfonds (148,4 Mio. EUR) sowie Immobilienfonds (24,4 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Staaten / Ländern emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollständig ein Rating aus dem Investmentgradbereich auf. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	451.349
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	402.653
EU	48.696
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	209.478
Investmentfonds	172.819
Privatpersonen	--
Öffentliche Haushalte*	69.052
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	--
Organisationen ohne Erwerbszweck	--
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	41.604
1 Jahr bis 5 Jahre	114.685
> 5 Jahre bis unbefristet	295.060
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten sowie für Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von Moody's verfügen, werden grundsätzlich die Ratings anderer Ratinggesellschaften herangezogen (S&P, Fitch).

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die in den Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Tageswerte	
			31.12.2015 in %	31.12.2014 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	5,2	7,3
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	10,1	6,3
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	40,2	54,1
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	43,2	32,3
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	1,3	0,0
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			0,0	0,0
			100,0	100,0

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 267,2 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, von denen 99,9 % auf Gesellschaften der Sparkassenorganisation entfallen.

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Tageswerte	
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2015 in %	31.12.2014 in %
inländische Emittenten			61,5	61,5
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	11,6	6,5
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	9,7	15,6
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	1,1	0,4
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	15,4	15,8
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,2	0,0
Ohne Rating			0,5	0,2
			100,0	100,0

Zum 31.12.2015 beträgt der Kurswert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 49,6 Mio. EUR. Davon entfallen auf Italien 25,6 Mio. EUR und auf Spanien 24,0 Mio. EUR. Darüber hinaus werden Anleihen von Kreditinstituten aus Italien und Spanien mit einem Kurswert von 4,8 Mio. EUR gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang und der guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland im Investmentgrade ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2014 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	--	55,5
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehen	94,7	132,3
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	278,1	241,6
4) Wertpapier-Spezialfonds	148,4	134,7
5) Sonstige Investmentfonds	24,4	23,8
	545,6	587,9

In der Eigengeschäftsstrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt.

Zur Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling seit Dezember 2014 das System SimCorp Dimension eingesetzt.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der bewertungsrelevanten Handelsgeschäfte (Position 3 bis 5) erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letztere mit einer fest vorgegebenen Haltdauer von 63 Tagen. Die Risiken werden mit einer 99 %igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Die historische Simulation stützt sich auf jeweils 500 Handelstage. Darüber hinaus wird eine laufend aktualisierte Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen.

Zum Stichtag beträgt der VaR 9,0 Mio. EUR. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Funktionstrennung zum Handel findet strenge Beachtung. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich, ab 75 % Limitauslastung täglich, über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien wurden in 2015 nicht gehalten.

5.3.4. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden 1 : 1 über Micro-Hedges glattgestellt. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse keine offenen Devisenpositionen. Der Umfang der Devisengeschäfte ist gering.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Von den Kunden hereingenommene Sichteinlagen in Fremdwährungen werden währungs- und laufzeitkongruent angelegt.

Von den Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisikopositionen (CRR) ist für die Sparkasse Rheine, die aufsichtsrechtlich als Nichthandelsbuchinstitut gilt, nur der Bereich der Währungsgesamtposition relevant. Für die Bestände in Fremdwährungen ist aufgrund des in Artikel 351 CRR festgelegten Schwellenwertes keine Unterlegung mit Eigenmitteln notwendig. Für regulatorische Zwecke werden derzeit keine eigenen internen Risikomodelle verwandt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis. Ziel der Zinsrisikosteuerung ist es, Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen.

Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva sowie unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten, sodass sich bei Marktzinsveränderungen zum Beispiel der Zinsaufwand stärker erhöhen kann als der Zinsertrag. Es werden unterschiedliche Zinsentwicklungsszenarien simuliert. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Berechnungen zum Zinsspannenrisiko sind Gegenstand des vierteljährlichen Risikogesamtberichts.

Die handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Forward-Vereinbarungen eingesetzt.

Die sich aus der Zinsspannensimulation ergebenden Abweichungen haben sich durchgängig innerhalb der vorgegebenen Limite bewegt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2015 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. – 200 Basispunkte errechnet.

Die Auswirkungen vorzeitiger Kreditrückzahlungen sowie das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen werden unter Berücksichtigung impliziter Optionen berechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	-24.884	24.364

Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug für das Szenario eines Zinsanstiegs 17,75 % und lag damit unterhalb der Meldeschwelle von 20 %. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2015 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung sowie des geplanten Betriebsergebnisses vor Bewertung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit halten wir die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos auf die künftige Ertragslage für gut beherrschbar.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren

Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,56 und 5,81. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Die geltende Mindestquote wurde jederzeit eingehalten.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätsverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse hat ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in einer Teilrisikostrategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen "Internen Liquiditätsgrundsatz" wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Die Sparkasse hat ihre individuelle Risikotoleranz festgelegt. Diese stellt eine Verknüpfung zwischen dem Liquiditätsrisiko und der strategischen Positionierung der Sparkasse dar. Die Risikotoleranz bezieht sich für die Sparkasse aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Refinanzierungsrisikos auf das Zahlungsunfähigkeitsrisiko. Die Festlegung der Risikotoleranz erfolgt mit der Maßgabe, wann ein Liquiditätsrisiko für die Sparkasse "akzeptierbar" oder "nicht akzeptierbar" ist. Unter diesem Aspekt definiert sich der Liquiditätsengpass über die Survival Period. Die Survival Period beschreibt dabei den Zeitraum, in dem die Sparkasse unter Heranziehung des Liquiditätspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt. Die Sparkasse legt als Risikotoleranz fest, ab welchem Schwellenwert ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass (gelber Bereich) die Regelungen des Notfallkonzepts in Kraft setzen.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Bei Erreichen oder Unterschreiten folgender Schwellenwerte sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Liquiditätssituation zu verbessern.

Kennziffer	Wert
Survival Period	5 Monate
LCR-Quote	120 %
Liquiditätskennzahl	Unterschreiten des kleinsten Wertes der letzten 60 Monate (soweit > 1,5)

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Auch unter Stressbedingungen ist das Liquiditätsrisiko für die Sparkasse gut beherrschbar.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenmittel für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gemäß Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 5,0 Mio. EUR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert.

Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,5 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2015 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotenzial war am 31.12.2015 mit 46,1 % beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 21,03 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Die Entwicklung der Weltwirtschaft war im vergangenen Jahr insbesondere durch ein robustes Wachstum in den USA und Großbritannien und eine leichte konjunkturelle Erholung im Euro-Raum auf der einen Seite sowie einem nachlassenden Wachstum in vielen Schwellenländern auf der anderen Seite geprägt. Für das kommende Jahr wird mit einer Fortsetzung dieser Trends gerechnet. In den USA und Großbritannien dürfte sich das robuste Wachstum trotz der erwarteten Zinswende fortsetzen. Weiterhin wird voraussichtlich die Binnenwirtschaft Hauptstütze der Wirtschaft sein. In den Schwellenländern waren vor allem auch strukturelle Probleme Ursache des Abschwungs, sodass für das kommende Jahr mit einer weiterhin rückläufigen Entwicklung zu rechnen ist.

Im Euro-Raum wird sich die konjunkturelle Erholung wohl fortsetzen. Sie ist jedoch fragil und davon bestimmt, dass die Wirkung von Sonderfaktoren wie dem Ölpreisverfall im kommenden Jahr allmählich nachlässt. Ein selbsttragender Aufschwung ist daher nicht zu erwarten. Voraussetzung hierfür sind weitere Reformanstrengungen. Eine wichtige Stütze wird der private Konsum bleiben. Dämpfende Impulse werden hingegen weiterhin durch den verhaltenen Welthandel erwartet.

Auch für die deutsche Wirtschaft erwarten wir, dass sich der Konjunkturaufschwung im kommenden Jahr fortsetzen wird. Treibende Kraft wird hier weiterhin der private Konsum sein. Positive Effekte ergeben sich u.a. aus der weiterhin steigenden Beschäftigung und in der Folge von Tarifabschlüssen deutlich oberhalb der Inflationsrate. Hinzu kommt, dass die Ausweitung der monetären Sozialleistungen infolge der hohen Zuwanderung an Flüchtlingen nahezu vollständig in den privaten Verbrauch fließen dürfte. Etwas schwächer als im vergangenen Jahr werden in 2016 die Exporte steigen. Hier machen sich auslaufende Sondereffekte wie die Euroabwertung bemerkbar. Bei den Bauinvestitionen gehen wir für das kommende Jahr wieder von leicht steigenden Zuwachsraten aus. Günstige Finanzierungsbedingungen, die gute Arbeitsmarktsituation sowie die hohe Nachfrage nach günstigem Wohnraum aufgrund der Flüchtlingsmigration werden insbesondere dem Wohnungsbau Auftrieb verleihen. Der gewerbliche Bau wird aufgrund der schwächeren Exportaussichten gebremst. Dämpfende Effekte ergeben sich außerdem aus der hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe, die gleichzeitig den Preisauftrieb begünstigt. Für die Inflationsrate wird ein Anstieg auf 1,6 % in 2016 erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt wird nach aktuellen Prognosen um 1,6 % steigen.

In der Region blicken die Unternehmen gemäß Konjunkturumfrage der IHK Nord Westfalen zum Jahreswechsel 2015/16 grundsätzlich zuversichtlich in die Zukunft. Etwa zwei Drittel erwarten, dass sich der positive konjunkturelle Trend in den kommenden Monaten fortsetzen wird. Entsprechend der Tendenzen bei der aktuellen Lageeinschätzung sind es weiterhin vor allem Handelsunternehmen, die ihre Geschäftsaussichten optimistisch einschätzen. Dagegen fallen die Zukunftserwartungen von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen verhaltener aus. Konjunkturrisiken werden vor allem im Hinblick auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesehen. Es sind in diesem Zusammenhang politische Risiken z.B. in Bezug auf Erbschaftssteuer, Geldpolitik, diverse Krisenherde in der Welt und auf die Flüchtlingspolitik, die mit Sorge betrachtet werden. Darüber hinaus ergeben sich Risiken insbesondere durch den Fachkräftemangel, eine nachlassende Auslandsnachfrage und steigenden Arbeitskosten. Das stetige, moderate Wachstum führte jedoch zu einer immer höheren Auslastung der Kapazitäten. Um lieferfähig zu bleiben, plant daher rund ein Viertel der Unternehmen mehr in Anlagen und Bauten zu investieren.

Ein Ende der ultra-expansiven Geldpolitik der EZB ist im Jahr 2016 nicht zu erwarten. Erst im Dezember des abgelaufenen Jahres hatte die EZB eine Ausweitung ihrer Anleihekaufprogramme bis mindestens März 2017 bekannt gegeben. Im Bereich des Geldmarktes ist vor diesem Hintergrund von unverändert niedrigen Zinsen auszugehen. Der Einfluss der EZB auf die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen ist dagegen begrenzt. Die Zinsprognosen von z.B. der Deka und der Helaba gehen von leicht steigenden Zinsen im langfristigen Bereich aus. Indizien hierfür könnten die tendenziell höheren Inflationserwartungen und das wieder steigende Zinsniveau in den USA sein. Die Auswirkungen eines entsprechenden leichten Zinsanstiegs auf die Ertragslage der Sparkasse sind gering. Im Rahmen unserer vorsichtigen Planung für das Geschäftsjahr 2016 gehen wir von einem konstanten Zinsniveau aus.

Aufgrund der erwarteten Entwicklungen rechnen wir für das Jahr 2016 mit einem Anstieg im Kundenkreditgeschäft um 1,1 % auf 752,0 Mio. EUR bezogen auf Jahresdurchschnittsbestände. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Durchschnittsbilanzsumme wird sich leicht auf 54,9 % erhöhen. Im Kreditgeschäft mit privaten und mit gewerblichen Kunden erwarten wir gleichermaßen einen Schwerpunkt im Bereich der Wohnbaufinanzierungen sowie der Weiterleitungsdarlehen durch die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel. Die Forderungen gegenüber Privatkunden werden nach unseren Erwartungen moderat steigen. Im Kreditgeschäft mit gewerblichen Kunden wird das Wachstum durch eine weiterhin eher zurückhaltende Investitionsneigung sowie in den vergangenen Jahren angesammelte hohen Rücklagen gedämpft. Die Sparkasse erwartet hier ein leichtes Wachstum.

Im Einlagengeschäft ist weiterhin insbesondere im Privatkundensegment eine kurzfristige Orientierung festzustellen. In Anbetracht der hohen Volatilität der Sichteinlagen, des für längere Zeit erwarteten niedrigen Zinsniveaus und vor dem Hintergrund der Liquiditätsanforderungen unter anderem im Hinblick auf die Liquidity-Coverage-Ratio (LCR) streben wir eine Umschichtung von Teilen der kurzfristigen Anlagen in längerfristige Anlageformen an. Darüber hinaus erscheint uns unter der Annahme einer gleichbleibenden Ersparnisbildung ein Wachstum der Kundeneinlagen um 3,8 % auf 886,2 Mio. EUR bezogen auf Jahresdurchschnittsbestände realistisch. Unsere Ziele möchten wir durch eine an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete ganzheitliche Beratung sowie ein umfassendes Produktangebot und die fortwährende Marktbeobachtung erreichen.

Bei der durchschnittlichen Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um 1,1 % auf ca. 1.368,7 Mio. EUR.

Ein bereits im Jahr 2015 initiiertes Projekt zur Optimierung der Vertriebsstrukturen der Sparkasse soll im Jahr 2016 umgesetzt werden. In diesem Rahmen passen wir unser Vertriebskonzept an sich verändernde Rahmenbedingungen an und richten es noch konsequenter an den Bedürfnissen und Anforderungen unserer Kunden aus.

Nicht zuletzt durch die vertriebliche Neuausrichtung erwarten wir, vorhandenes Potenzial im Bereich des Dienstleistungsgeschäfts noch besser erkennen und nutzen zu können. Insbesondere bei der Vermittlung von Versicherungen, im Kundenwertpapiergeschäft und beim Zahlungsverkehr erwarten wir einen moderaten Anstieg der Erträge. Insgesamt streben wir einen Anstieg des Provisionsüberschusses auf 0,45 % der DBS an (Vorjahr 0,44 %).

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im weiteren Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Dies würde wahrscheinlich zu einem Anstieg des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft führen. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht stabilisiert hat. Bei einem weiteren Absinken des Zinsniveaus in Verbindung mit einer flacher werdenden Zinsstrukturkurve würden sich der Zinsüberschuss und somit auch das Betriebsergebnis vor Bewertung verringern.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet verlaufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung, dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin leicht verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2016 sind Investitionen leicht unter dem Niveau des Vorjahres geplant. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden berücksichtigt. Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft erfolgt über die Kundeneinlagen. Sollten darüber hinaus weitere Mittel erforderlich sein, so stehen in ausreichendem Umfang eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,5 % und somit auch über dem aufsichtsrechtlichen geforderten Mindestwert von 1,0 % liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Zum Jahresende verläuft die Zinsstrukturkurve eher flach und auf weiterhin sehr niedrigem Niveau. Die EZB hat angekündigt, zur Erhöhung der Inflationsrate weiterhin an ihrer Niedrigzinspolitik festzuhalten. Es ist daher auch für das Jahr 2016 von einem ausgesprochen niedrigen Zinsniveau auszugehen. In unserer Planung nehmen wir ein weitgehend konstantes Zinsniveau an. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aus den vorgenannten Entwicklungen resultiert im Zusammenhang mit dem erwarteten Wachstum im Kredit- und Einlagenbereich für das Jahr 2016 per Saldo voraussichtlich eine Reduzierung des Zinsüberschusses um 0,7 Mio. EUR auf 27,2 Mio. EUR auf Basis von Betriebsvergleichszahlen. Auch schlagen sich sogenannte Ablaufeffekte aus der Fälligkeit von Eigenanlagen und der Wiederanlage zu niedrigeren Zinssätzen negativ nieder. Ursache für den Rückgang des Zinsergebnisses sind primär die in Verbindung mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau in Erscheinung tretenden zinsbedingten Effekte. Der rückläufige Zinsüberschuss wird nur in Teilen durch einen Anstieg des Provisionsüberschusses kompensiert werden können. Hierzu sollen die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft gesteigert werden. Marktpotenzial sehen wir insbesondere bei der Vermittlung von Versicherungen und Wertpapieren. Bei der Immobilienvermittlung sowie im Bauspargeschäft möchten wir an die guten Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen. Darüber hinaus wird ein moderater Anstieg der Erträge aus dem Zahlungsverkehr erwartet. Die Ertragschancen möchten wir durch einen ganzheitlichen Beratungsansatz und eine hohe Beratungsqualität nutzen. Wir gehen im Provisionsüberschuss für das nächste Jahr von einem Anstieg der Erträge um 0,2 Mio. EUR bzw. 2,8 % auf 6,1 Mio. EUR aus.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 6,0 % auf 20,3 Mio. EUR im Jahr 2016 steigen. Unter anderem aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse und der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen wird sich bei einem Personalbestand auf Vorjahresniveau ein Personalmehraufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 5,8 % im Jahr 2016 ergeben. Die Sachkosten werden sich gemäß unserer Planung recht deutlich um 6,6 % auf 6,9 Mio. EUR erhöhen. Die Entwicklung ist zum Teil durch einmalige Sonderbelastungen begründet. Hierzu zählt zum Beispiel die vorgesehene Verlagerung von Server- und Anwendungsfunktionalitäten zur Finanzinformatik. Zudem wurden in der Planung steigende Prüfungskosten sowie zusätzliche Pflichtbeiträge für den Restrukturierungsfonds berücksichtigt.

Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2016 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,96 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 1.368,7 Mio. EUR.

Für das Jahr 2016 ist das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. In den Planungen für 2016 gehen wir von einem negativen Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft annähernd auf dem Niveau in 2015 aus. Es werden zu erwartende Einlöseverluste bei drei anstehenden Fälligkeiten berücksichtigt. Für die Ermittlung des erwarteten Bewertungsergebnisses für das Kreditgeschäft wurde die Vorgehensweise im Vergleich zu den Vorjahren geändert. In der Vergangenheit wurde eine Ausfallquote als gleitender Durchschnitt auf der Basis der tatsächlichen Ausfälle ermittelt und auf das geplante Kreditvolumen bezogen. Auf diese Weise wurde der Wert stark durch die eher geringen Ausfallquoten der vergangenen Jahre beeinflusst. Im Sinne einer vorsichtigen Planung wird für das Geschäftsjahr 2016 erstmalig die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit je Kundensegment bezogen auf die Blankoanteile herangezogen. Dem Methodenwechsel geschuldet, wird mit einem deutlich höheren Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft gerechnet. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktivem Kreditrisikomanagement sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die "Erste Abwicklungsanstalt" in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 0,6 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen, Meldewesen) können sich weitere Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Für 2016 erwarten wir bei der Zielgröße CIR aufgrund der beschriebenen Entwicklung der Aufwands- und Ertragsgrößen ein Verhältnis von 60,6 %. Das strategische Ziel von 63,0 % wird damit eingehalten. Bei der Personalaufwandsquote gehen wir von einem Wert von 40,1 % aus. Bezüglich der Eigenkapitalrentabilität erwarten wir einen Wert von 6,5 %.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden. Die intern festgelegte Gesamtkapitalquote in Höhe von 13,6 %, die über dem ab 2016 vorgeschriebenen Mindestwert nach CRR von 8,6 % liegt, wird auch künftig überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.